eGOVERNMENT ZH

Strategisches E-Government-Projektportfolio von Vereinbarungsgemeinden und Kanton Zürich

2013-2016

(Entwurf vom 14. Februar 2012)

1. Strategische Stossrichtungen

Die Gemeinden und der Kanton setzen für die Weiterentwicklung von E-Government die folgenden strategischen Stossrichtungen fest:

- **Ausbau des elektronischen Geschäftsverkehrs zwischen Kanton und Gemeinden sowie unter den Gemeinden**
  Die steigenden Erwartungen von Bevölkerung und Wirtschaft an eine dienstleistungsorientierte und effiziente Verwaltung und der Kostendruck bei den Behörden bedingen eine Überprüfung und elektronische Abbildung der **Prozesse** zwischen Kanton und Gemeinden sowie eines entsprechenden **Datenmanagements (Datenaustausch und –mehrfachnutzung)**. Der elektronische Geschäftsverkehr zwischen Gemeinden und Kanton ist eine wichtige Grundlage für den Ausbau der Online-Angebote.

- **Ausbau Transaktionsangebote:** Es gibt für die Öffentlichkeit viele Online-Angebote mit PDF-Formularen, die ausgedruckt und mit der Post geschickt werden müssen. Oft werden diese dann in der Verwaltung eingescannt oder die Daten manuell übertragen. Zu prüfen ist, welche dieser Formulare zu einem **medienbruchfreien** Prozess (Transaktion) ausgebaut werden können. Dabei ist nicht nur die digitale Eingabe der Formulardaten bedeutend, sondern auch, dass die Daten automatisch in die Systeme eingespeist werden und auch die Rückmeldung der Behörde an den „Eingebenden" elektronisch erfolgt. Vor einer elektronischen Abbildung ist der eigentliche Prozess zu überprüfen und wo möglich zu vereinfachen.

- **Förderung von E-Partizipation**: Nebst der elektronischen Abwicklung von Geschäftsprozessen steigt sowohl seitens der Öffentlichkeit als auch der Gemeinwesen das Bedürfnis, bei der politischen Entscheidungsfindung und Meinungsumfrage wie z.B. bei Vernehmlassungen, Bauvorhaben sowie allgemeinen Befragungen elektronische Medien nutzen zu können. Hierzu sollen entsprechende Entscheidungsgrundlagen für die Festlegung von Massnahmen und erste Lösungen erarbeitet werden.

- **Transparente Verwaltung:** Es bestehen heute umfangreiche elektronische Informationsangebote für Bevölkerung und Wirtschaft. Diese Angebote werden künftig und über alle Leistungsbereiche gemäss Bedürfnissen und Möglichkeiten weiter ausgebaut. Der Zugang zu Informationen der Verwaltung soll unabhängig vom Leistungserbringer vereinfacht und wo möglich vereinheitlicht werden. Bestehende Angebote (z.B. ZHlex) sollen gemeinsam genutzt, bzw. für alle Interessierten zugänglich gemacht werden. Neue Entwicklungen wie z.B. Open Government Data werden geprüft und ein gemeinsames Vorgehen festgesetzt.

2. Projektideen 2013-2016

Die Projekte entsprechen folgenden Auswahlkriterien (nicht gewichtet):

- Bezug zu Vision und strategischen Stossrichtungen
- Bedürfnisse von Gemeinden und Kanton (Effizienzsteigerung)
- Bedürfnisse der Öffentlichkeit gemäss Befragungen (Imageförderung und Effizienzsteigerung)
- Realisierbarkeit (Komplexität, Verfügbarkeit bestehender Konzepte/Lösungen)
- Breitenwirkung (Imageförderung)

Legende: P = Pflichtprojekt, L = Leistungsprojekt, CH = Projekt Aktionsplan E-Government Schweiz

Projekt-ID	Projekttitel	Beschrieb	Begründung	Umsetzungs-organ	Projekt-start	Projekt-art
P001	**Elektronischer Geschäftsverkehr (Vorprojekt)**	Das Ziel des Projekts ist, das Vorgehen zur Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs zu klären. Die wichtigsten, E-Government-relevanten Prozesse zwischen Gemeinden und Kanton für öffentliche Leistungen werden evaluiert, analysiert und priorisiert. Gleichzeitig wird überprüft, welche Daten zwischen Gemeinden und Kanton ausgetauscht, bzw. gemeinsam benötigt werden. Aufgrund der Analyse werden konkrete Projekte definiert.	Voraussetzung für künftiges E-Government (Transaktionen) Nutzen für Behörden: Effizienz- und Qualitätssteigerung Nutzen für Öffentlichkeit: Daten müssen nicht mehr mehrfach eingegeben/ verwaltet werden	Direktion der Justiz und des Innern	2013	P
P002	**Elektronische Archivierung**	Nebst dem vernehmlassten Leitfaden zur Führung von Gemeindearchiven sollen Standards für die Organisation der elektronischen Archivierung erarbeitet werden, die sowohl auf kommunaler als auch auf kantonaler Ebene angeboten werden können. Ziel ist die Erleichterung der Auffindbarkeit von und des Zugangs zu elektronischen Dokumenten, um die elektronische Archivierung als Grundlage für E-Government zu fördern.	Voraussetzung für den elektronischen Geschäftsverkehr (Projekt P001)	Direktion der Justiz und des Innern / Staatsarchiv	2012	P

Projekt-ID	Projekttitel	Beschrieb	Begründung	Umsetzungs-organ	Projekt-start	Projekt-art
P003	**Zentrales Einwohnerregister (Kantonales Personenregister)**	Das Ziel ist die Schaffung und Nutzung eines kantonalen Einwohnerregisters mit "real-time" - Anbindung an die kommunalen Register und der dazu notwendigen gesetzlichen Grundlagen. Die Datenhoheit soll dabei bei den Gemeinden bleiben. Das Vorprojekt "Kantonales Personenregister" ist in Zusammenarbeit mit der Baudirektion und der Direktion der Justiz des Innern beim Kanton bereits gestartet.	Wichtige Grundlage für E-Government (insbesondere E-Voting) Effizienz- und Qualitätssteigerung	Für Vorprojekt: Staatskanzlei Für Gesamtprojekt: Direktion der Justiz und des Innern/ Staatskanzlei	2011 2012	P P
P004	**Ausbau Transaktionsangebote (Vorprojekt)**	Ziel des Projekts ist, ausbaubare Formulare zu identifizieren. Die bestehenden (PDF)Formulare werden auf ihre Notwendigkeit (insbesondere bezüglich Unterschrift), den Prozess und einen Ausbau zur Transaktion (medienbruchfrei) geprüft. Danach werden konkrete Projekte definiert.	Nutzen für Behörden: Effizienz- und Qualitätssteigerung Nutzen für Öffentlichkeit: Gang zur Post fällt weg	Ev. VZGV	2013	P
P005	**Elektronische Abwicklung der Baubewilligungen**	Vision: Das Baubewilligungsverfahren kann elektronisch und ohne Medienbruch abgewickelt werden. D.h. sowohl die Eingabe der Dokumente, der interne Prozess sowie die Verfügungen an die Antragsteller erfolgen elektronisch. Voraussetzung ist die geplante vorgängige Einführung eines Dokumentenmanagement-Systems (DMS) in der kantonalen Baudirektion (2012/2013).	Effizienz, Qualitätssteigerung, Transparenz über Vorgänge Bedürfnis von Öffentlichkeit und Gemeinden Projekt aus Aktionsplan E-Government Schweiz (Synergien nutzen)	Baudirektion Kanton Zürich		
P005.1	Phase 1:	Die Übermittlung der Informationen und Dokumente zwischen Gemeinden und Kanton erfolgt elektronisch.		Baudirektion Kanton Zürich	noch offen	P
L005.2 CH: A1.06	Phase 2:	Ausbau der elektronischen Abwicklung gegen aussen, d.h. die Erteilung der Baubewilligungen an Bauherren/Architekten erfolgt ebenfalls elektronisch. Die elektronische Eingabe mit allen Dokumenten/		Baudirektion Kanton Zürich	noch offen	L / CH

Projekt-ID	Projekttitel	Beschrieb	Begründung	Umsetzungs-organ	Projekt-start	Projekt-art
		Plänen erfolgt an eine einzige Stelle. Die elektronische Erteilung der Bewilligung erfolgt ebenfalls von einer Stelle. Die gesetzlichen Grundlagen dazu werden überprüft.				
P006 CH: A1.12	**Elektronischer Umzug (Adressänderung Zuzug/Wegzug)**	Umzüge/Zuzüge sollen im Kanton elektronisch abgewickelt werden. Unter Berücksichtigung der bestehenden (Gemeinde-)Lösungen sollen allenfalls noch fehlende zentrale Infrastrukturen bereitgestellt werden, um die Durchgängigkeit und Interoperabilität auf kantonaler und nationaler Ebene sicherzustellen. Die rechtlichen Grundlagen sind soweit als notwendig zu schaffen.	Bedürfnis der Bevölkerung Lösungen teilweise vorhanden (z.B. VRSG, nest)	noch offen	2013	P / CH
P/L007 CH: A2.06	**Online-Fundbüro ZH**	Im Kanton Zürich sollen verlorene oder gefundene Gegenstände nicht mehr bei verschiedenen Stellen (Polizei, Gemeinde, SBB, Kino usw.) sondern über eine zentrale Plattform online gemeldet werden können. Auf Grundlage der geplanten Lösung „Fundservice Schweiz" (s. Projekt des Aktionsplans CH mit Lösung easyfind) wird ein Umsetzungskonzept für den Kanton Zürich erstellt (inkl. Prüfung gesetzlicher Grundlagen -> Polizeigesetzgebung).	Grosser Nutzen für Bevölkerung Schnell umsetzbar, da technische Lösung bereits vorhanden	IG ICT	2013	P/L / CH
P008.1	**E-Partizipation 1: Elektronische Vernehmlassungen**	Einladungen und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen sollen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Rahmenbedingungen elektronisch erfolgen können. Dazu werden entsprechende technische Hilfsmittel und organisatorische (u.a. rechtliche) Grundlagen geschaffen.	Nutzen für Vernehmlasser: Effizienzsteigerung, Datenqualität, Wirtschaftlichkeit Nutzen für Stellungnehmer: unkomplizierte und papierlose Teilnah-	Staatskanzlei	2013	P

Projekt-ID	Projekttitel	Beschrieb	Begründung	Umsetzungs-organ	Projekt-start	Projekt-art
			me an Vernehmlassungen			
P008.2	**E-Partizipation 2: Grundlagen-Papier für Gemeinden und Kanton**	Das Ziel des Projekts ist, die Bedeutung und Stossrichtung von E-Partizipation (inkl. Open Government Data) für Gemeinden und Kanton Zürich zu klären. Dafür wird ein Grundlagenpapier (ev. Strategie) mit Stossrichtungen, Zielen und möglichen Massnahmen erstellt (ev. in Zusammenarbeit mit eZürich).	Bedürfnis der Öffentlichkeit, Effizienz	Ev. Staatskanzlei	2013	P
P009.1	**E-Voting**	Phase 1: Zentrales Stimmregister Prüfen eines zentralen Stimmregisters gemäss RRB Nr. 1391/2011 in Abhängigkeit zum geplanten Einwohnerregister (Projekt P 003).	Grundlage für weiteres Vorgehen bezüglich der E-Voting-Lösung	Direktion der Justiz und des Innern	2012	P
L009.2 CH: A1.13		Phase 2: Nach der Prüfung eines kantonalen Stimmregisters und den Entscheiden des Bundes wird das weitere Vorgehen bezüglich E-Voting gemäss RRB Nr. 1391/2011 geprüft (für Auslandschweizer sowie Einwohner der Gemeinden).	Bedürfnis von Gemeinden und Öffentlichkeit, grosse Breitenwirkung (Image)	Direktion der Justiz und des Innern / Statistisches Amt	2014	L / CH
P010	**Datenaustausch GVZ-Schätzungen**	Es soll eine Datenaustauschschnittstelle, vorzugsweise eCH, definiert werden, über welche die Schätzungsdaten ausgetauscht werden können. Der Prozess für den medienbruchfreien Austausch soll definiert und implementiert werden.	Effizienzsteigerung	IG ICT	2012	P
P011	**Notariat Handänderungen**	Es soll eine Datenaustauschschnittstelle, vorzugsweise eCH, definiert werden, über welche die Handänderungsdaten ausgetauscht werden können. Der Prozess für den medienbruchfreien Austausch soll definiert und implementiert werden. Dabei drängt sich eine Schnittstelle mit den Handänderungen pro Objekt auf.	Effizienzsteigerung	Notariats-inspektorat	2014	P

Projekt-ID	Projekttitel	Beschrieb	Begründung	Umsetzungs-organ	Projekt-start	Projekt-art
P012	**Abwickeln von Staatsbeiträgen/ Subventionen (Vorprojekt)**	Ziel ist die Identifizierung der Prozesse, die ohne Medienbruch abgewickelt werden könnten. Da es sich um sehr unterschiedliche Prozesse handelt, muss jeder Prozess zuerst analysiert werden. Daraus entstehen Projekte, für welche die konkrete Umsetzung geplant werden muss.	Effizienzsteigerung, Nutzen für Antragsteller (Fristen etc.)	IG ICT	2012	P